

# Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Garsitz, Johanngeorgenstadt, Böhmig, Rensstädtel, Schneeberg, Schwarzenberg und Wildenfels.

Expedition, Verlag und Druck von C. R. Gärtner in Schneeberg.

Nr. 25.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis vierteljährlich 1 Mark 80 Pfennige.

Sonnabend, 31. Januar 1891.

Vertriebspreis: die gewöhnliche Ausgabe 10 Pfennige. Die zweifelhafte Ausgabe 12 Pfennige. Jahrgang.

## Haus-Versteigerung.

Auf Antrag der Erben des Rodmachers Christian Heinrich Ephraim Meier in Lauter soll das zu dessen Nachlass gehörige Hausgrundstück, Wohnhaus und Scheune, Fol. 20 des Grundbuchs für Lauter, Nr. 110 des bawigen Flurbuchs und Nr. 20 des Grundkatasters, mit 5 □ R. = 92 □ M. Flächeninhalt und 19,00 Steuereinheiten, welches ortsgerechtlich auf

5130 A. — .

gewürtert worden ist,

am 11. Februar 1891,

Vormittags 9 Uhr,

im Rent'schen Gasthose zu Lauter durch die Ortsgerichte daselbst öffentlich versteigert werden.

Die Versteigerungsbedingungen werden in dem Termine bekannt gemacht und können vorher an hiesiger Gerichtsstelle, sowie bei den Ortsgerichten zu Lauter eingesehen werden.

Schwarzenberg, am 28. Januar 1891.

Königliches Amtsgericht.

Hattas.

2

Haupt, Ref.

Auf dem im Handelsregister für Rensstädtel, Aue und die Dorfschaften neueröffneten Blattum 231 ist heute die Firma C. L. Reich in Aue und als deren Inhaber Groß Louis Reich, Fabrikant in Aue, eingetragen worden.

Schneeberg, den 29. Januar 1891.

Königliches Amtsgericht.

Müller.

R.

Montag, den 2. Februar 1891, Vormittags 11 Uhr

soll im hiesigen amtgerichtlichen Auktionslocal 1 Nähmaschine und 1 Winterüberzieher u. meistbietend gegen sofortige Bezahlung versteigert werden.

Schneeberg, am 30. Januar 1891.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Mäder.

## Bekanntmachung.

Zur Beschüttung der Wettinerstraße brauchen wir dieses Jahr 400 cubm gelagerte Granitsteine, ferner zur Herstellung der Fußwege an derselben Straße 276 lau-

fende Meter Bordsteine. Letztere müssen 35 cm breit, 20 cm hoch und muß die obere Seite ganz und die Vorderseite in einer Höhe von 10 cm glatt bearbeitet sein, die obere Fläche muß in der Breite ein Gefälle von 2 cm erhalten.

Diese Lieferungen sollen an den Mindestfordernden vergeben werden, und haben sich Bewerber

Sonnabend, den 31. Januar 1891

Vormittags 11 Uhr

auf unserer Expedition einzufinden um ihre Gebote persönlich vor unserm Bauausschuß abzugeben.

Aue, am 27. Januar 1891.

Der Stadtrath.

Dr. Kreyßmar.

## Bekanntmachung.

Die unter dem Rindviehbestand des Fuhrwerksbesizers Christian Friedrich Jungnickel sen. hier ausgebrochene Maul- und Klauenseuche ist wieder erloschen.

Schneeberg, den 29. Januar 1891.

Der Stadtrath.

Dr. von Wohlt.

Nachdem das Abschätzungsgeschäft über die Erhebung der für das Jahr 1891 erforderlichen Anlagen beendet und das Anlagen-Kataster aufgestellt ist, liegt letzteres zur Einsicht der Beteiligten an Rathsstelle während der Expeditionstunten aus.

Etwalige Reclamationen gegen die erfolgte Abschätzung sind bei Verlust des Reclamationrechts bis zum

14. Februar dieses Jahres

schriftlich hier anzubringen.

Wildenfels, am 29. Januar 1891.

Der Stadtgemeinderath.

Jungnickel.

## Bekanntmachung.

Nachdem die Abschätzung hiesiger Ortsbewohner zu den Gemeindefinanzen beendet und den Betreffenden zur Einsicht durch Unterzeichneten vorgelegt werden kann, wird folches mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß etwaige Reclamationen nach Verlauf von 14 Tagen und zwar bis nach dem 14. Februar d. J. nicht mehr zulässig sind.

Jelle, am 28. Januar 1891.

Der Gemeinderath das.

Brätschneider, G. Borst.

## Vom ungarischen Frachtenlarif.

Als ein fataler Zwischenfall in den gegenwärtig in Wien schwebenden Zollverhandlungen zwischen Deutschland und der österreichischen Monarchie ist der neue ungarische Eisenbahnfrachttarif ins Leben getreten; denn nach diesem Tarife genießen eine ganze Reihe von Gütern besondere Frachtermäßigung, sofern sie ungarischer Provenienz sind. Diese Begünstigungen greifen nicht nur bei der ersten Beförderung vom Ursprungs- oder Erzeugungsorte nach einer beliebigen anderen ungarischen Station Platz, sondern auch bei der Beförderung des ungarischen Zwischenhandels bei Rücksendungen, bei denen nachweisbar ungarische Produkte wiederum zu billigeren Tariffüssen befördert werden als andere.

Da diese, den ungarischen Erzeugnissen gewährte Frachtbegünstigung sich zunächst auch gegen die österreichische Produktion richtet, findet deswegen zwischen der Presse beider Reichshälften eine lebhafteste Auseinandersetzung statt. Die Wiener Blätter bezeichnen den ungarischen Frachttarif, insofern dessen Bestimmungen eine Begünstigung der ungarischen vor anderweitigen Produkten enthalten, als im offenbaren Widerspruch zu dem zwischen beiden Staaten der Monarchie bestehenden Zoll- und Handelsbündnisse befindlich. Auch das offizielle Wiener Fremdenblatt hält dafür, daß diese Anschauung keineswegs der Berechtigung entbehre.

Das gen. Blatt erklärt u. a.: Dem Geiste und Sinne des gemeinsamen Zoll- und Handelsbündnisses könne eine Maßregel, welche gewissermaßen einem Schutzzoll auf der Seite Ungarns gleichkommt, nicht entsprechen. Im Handelsvertrage mit Deutschland seien gleichartige Grundlagen für die Eisenbahntarife in beiden Zollgebieten der Kompensationszölle zu einer wesentlichen Bedingung gemacht worden; es unterliege aber keinem Zweifel, daß auch in dem neu abzuschließenden Vertrage eine derartige Bindung der Eisenbahntarife vorgesehen werden muß. Wenn aber die Bindung der Tarife zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und Deutschland erfolgen soll, so versteht es sich unstreitig von selbst, daß zwischen Oesterreich einerseits und Ungarn andererseits differenziale Tarife, welche die Güter des einen oder des anderen Theiles einseitig begünstigen, nicht fortbestehen können. Ein Festhalten Ungarns an seiner gegenwärtigen Tarifpolitik würde daher gewiß eine Erschwerung der zwischen der Monarchie und Deutschland schwebenden handelspolitischen Verhandlungen bilden.

Dem ungarischen Standpunkte in dieser Frage giebt der „Pester Lloyd“ Ausdruck, welcher konstatiert, daß kein einziger Buchstabe des Zoll- und Handelsbündnisses sich auf das Tarifwesen bezieht, hinsichtlich dessen beide Regierungen mittels eines Uebereinkommens ihre Verfügungsfreiheit gegenseitig gewahrt haben. Auch begründen die beanstandeten Ausnahmetarife der österreichischen Industrie gegenüber keine Rechtsverletzung; dieselben seien nämlich nichts Anderes, als aus Manipulationsrücksichten zusammengefaßte und übersichtlich gruppierte Resalitionen, welche dem allgemeinen Verkehr durchaus nicht zur Verfügung stehen. Der Handelsminister habe mit der Kreierung dieser Tarife ein ihm zweifellos zustehendes Recht ausgeübt, und indem er die Interessen der ungarischen Industrie förderte, habe er noch keine österreichischen Interessen verletzt.

Während aber Wiener Blätter die Sache so darstellten, als ob der ungarische Handelsminister, Herr v. Baros, innerhalb seiner Kompetenz die neuen Tarife erlassen hätte und seine Anschauungen vom Gesamtkabinet nicht getheilt würden, erklärte der „Pester Lloyd“: „Gegenüber den in einigen Wiener Blättern veröffentlichten Mittheilungen, wonach der kürzlich ins Leben getretene neue Frachttarif der königlich ungarischen Staatsbahnen den Ausfluß jener Verkehrspolitik bilde, welche der Handelsminister befolge, und daß die übrigen Mitglieder der Regierung derselben nicht zustimmen, werden wir von kompetentester Seite zu erklären ermächtigt, daß in dieser Frage unter den Mitgliedern des Kabinetts keinerlei Meinungsunterschied besteht“.

## Tagesgeschichte.

Deutschland.

Berlin, 29. Januar. Reichstag. Zur Tagesordnung steht der Postetat.

Staatssecretär v. Stephan stellte die Herabsetzung der Bestellgebühren für Telegramme von 40 auf 20 Pfg. in Aussicht.

Abg. Hartmann erklärte, v. Stephan habe sich nicht nur um Deutschland, sondern um die ganze Erde verdient gemacht.

Abg. Richter kommt zurück auf den Vertrag des Reichs mit Wolffs Bureau, wenn die Regierung ein Interesse an dem Bureau habe, müßte das Bureau auch öffentlich als Regierungsorgan bestehen, wie der Reichsanzeiger. Redner beantragt, den Reichsanzeiger zu ersuchen, den Vertrag zur Kenntlichnahme des Hauses mitzutheilen.

v. Stephan erklärte, die Angelegenheit berühre nicht den Postetat, sondern das Reichsamt des Innern. Nach längerer Debatte wird der Antrag des Abg. Richter gegen die Stimmen der Konservativen und der Reichspartei angenommen. — Morgen 1 Uhr Fortsetzung.

Berlin, 29. Januar. Die Volksschulkommission des Abgeordnetenhauses lehnte den Entwurf, betreffend die Entnahme von je zehn Millionen für 1890/91 und 1891/92 aus der lex Huene für Volksschulbauten ab.

Nach Schluß der Sitzung stieg der Abg. Winthorff auf der Treppe aus, stürzte hinab und verletzte sich im Gesicht; er erlitt aber keinen erheblichen Schaden, wie zwei sofort zugezogene Aerzte feststellten. Der Schaf des Verletzten war schlecht, das Allgemeinbefinden aber heute wieder gut.

Berlin, 29. Jan. Graf v. Waldersee ist zum Kommandeur des 9. Armeecorps ernannt. Herr Generalleutnant Eder v. d. Planig, Kommandeur der Garde-Kavallerie-Division, wird als mutmaßlicher Nachfolger des Grafen v. Waldersee genannt.

Berlin, 29. Jan. In der gestrigen medizinischen Gesellschaft theilte Direktor Paul Guttman (Nochthofer Stadtkrankenhaus) mit, daß von Liebenau (Triest) behauptete Vorkommen von Tuberkelbacillen im Blute Kranker, die mit Koch'scher Lymphe behandelt waren, habe sich nach eingehenden mikroskopischen von ihm selbst und Professor Ehrlich veranfaßten Untersuchungen des Blutes von 28 Kranken nicht bestätigt, niemals wurde der Bacillus in Blutproben aufgefunden. Er konstatiert ferner aus der Statistik von 164 Kranken 63 Besserungen und unter 51 Kranken ersten Stadiums 41 Besserungen.

Bremen, 29. Januar. Die Bürgerchaft nahm das neue Auswanderergesetz an. Es handelt sich besonders um die Verbesserung der Zwischenräume.

Hamburg, 29. Jan. Die „Hamb. Nachrichten“ befähigen, daß Dr. Karl Peters zum Stellvertreter des Gouverneurs von Soden in Ostafrika ausersehen, vielleicht schon ernannt sei.

Danzig, 29. Jan. Bei der heutigen Präsentationswahl eines Vertreters der Stadt Danzig im Herrenhause wurde vom Magistrat einstimmig der Bürgermeister Dr. Baumbach gewählt.

Belgien.

Brüssel, 27. Jan. Selten hat es je ein schöneres und innigeres Familienleben an einem fürstlichen Hofe gegeben, als das bei der Bruderkönigin unserer Königin, der